



CDU-Fraktion im Stadtrat Radebeul

Vorsitzender:
Dr. Ulrich Reusch
ulrich.reusch@freenet.de

Ausgabe: **16. Oktober 2008**
Auflage: 68 (mit erweitertem Verteiler über 120)
diesmal zudem an alle Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion

E-Mail-Brief Nr. 8/2008 an Mitglieder des CDU-Stadtverbandes

DIE THEMEN IM ÜBERBLICK:

- 1. AUS DEM STADTRAT AM 15.10.2008***
- 2. KREISHAUSHALT AM 16.10.2008 EINGEBRACHT***
- 3. LANDKREIS: BEIGEORDNETE GEWÄHLT***
- 4. KREISTAG: NPD GEWINNT AUFSICHTSRATSMANDAT IN DER MEISOP***
- 5. KREISTAG: NEUE TAXITARIFORDNUNG***

*Liebe Unionsfreunde
und liebe Freunde der Union!*

Die gestrige Stadtrats- und die heutige Kreistagssitzung sind Anlaß für diesen E-Mail-Brief in ungewohnt dichter Folge zu seinem Vorgänger. Aufgrund der verwendeten unterschiedlichen Verteiler kann es durchaus vorkommen, daß Mitglieder und Freunde außerhalb Radebeuls auf eine Adresse zwei E-Mails erhalten. Auch dafür möchte ich um Nachsicht und Verständnis bitten.

In der heutigen Kreistagssitzung zeigte sich nach den bedauerlichen Vorgängen in der konstituierenden Sitzung am 10. Juli wiederum, daß die NPD Unterstützung durch U-Boote aus anderen Fraktionen oder Gruppierungen erhält, und zwar ziemlich regelmäßig und mit fatalen Folgen. Diese Entwicklung halte ich für ausgesprochen schlimm und verhängnisvoll. Sie wirft erneut ein überaus schräges Licht auf unseren Landkreis und schließlich für uns selbst die Frage auf, ob wir als CDU im Kreistag bei der Bildung von Zählgemeinschaften und bei Absprachen auf die richtigen Pferde gesetzt haben.

Dies muß man wohl bezweifeln, nachdem die NPD mittlerweile fünf (!) (weitere) Stimmen bei geheimen Abstimmungen auf ihre Vorschläge versammelt. Diese Unterstützung kann nicht von der PDS kommen, die ihre Stimmen erfolgreich auf ihre eigenen Kandidaten

konzentrierte, oder von der SPD, die durch die Erfolge der NPD das Nachsehen hatte. Wir stehen im Kreistag vor einer strategischen Herausforderung und der dringenden Notwendigkeit, unsere bisherige Taktik und Aufstellung, vielleicht auch unseren Stil zumindest zu überdenken! Wenn wir eine konsequente Ausgrenzung vor allem der Extremisten von rechts erreichen wollen, brauchen wir dazu gefestigte und verlässliche Partner. Und tragfähige Strukturen, die wir derzeit offenbar nicht haben.

1. AUS DEM STADTRAT AM 15.10.2008

In der Stadtratssitzung am 15.10.2008 wurde Stadträtin **Brigitte Grahn** verabschiedet, Stadtrat Gunter Jahn als Nachfolger verpflichtet und die neue Gremienbesetzung, wie von unserer Fraktion vorgeschlagen, beschlossen (vgl. E-Mail-Brief 7/2008 vom 14.10.2008).

Wir begrüßen ganz herzlich **Gunter Jahn** wieder in unserer Fraktion und haben ihn sogleich als Schatzmeister in eine besondere Pflicht nehmen dürfen. Dafür gilt ihm ebenso unser Dank wie den Kollegen, die im Rahmen der folgenden **Umbildungen der Gremien** zu einer optimalen Aufstellung der Fraktion für das verbleibende knappe eine Jahr der Wahlperiode beigetragen haben.

In den Stadtentwicklungsausschuß ist für Brigitte Grahn **Thomas Große** entsandt worden. Gunter Jahn ist neues Mitglied im Verwaltungs- und Finanzausschuß, und zwar für **Werner Glowka**, der dem VFA als General-Stellvertreter aber erhalten bleibt und wie bisher dem Bildungs-, Kultur- und Sozialausschuß als ordentliches Mitglied angehört. Beim Zweckverband Gemeinschaftskläranlage Meißen übernimmt **Jens Börner** die Aufgaben von Brigitte Grahn, in der Wasserversorgung Radebeul GmbH Gunter Jahn.

Der Stadtrat faßte einen Grundsatzbeschuß zur finanziellen und konzeptionellen Absicherung der grundhaften **Sanierung von Geh- und Radwegen**. Damit soll sichergestellt werden, daß jedes Jahr ein Teil der städtischen Investitionen regelmäßig auch diesen Aufgaben zugute kommt.

Der Stadtrat beschloß ferner eine **Kooperation mit Moritzburg** zur Übernahme der Aufgaben der Widerspruchsbehörde. Damit liegt ein weiterer Baustein interkommunaler Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkommunen vor, der Geld spart, Synergien erschließt und Effizienz auch angesichts knapper Haushaltsmittel sichert.

2. KREISHAUSHALT EINGEBRACHT

Der Haushaltsplanentwurf 2009 wurde in der Kreistagssitzung am 16.10.2008 in Riesa eingebracht und vorgestellt. Bei einem Volumen von 300 Mio. € sind allein für die soziale Sicherung Ausgaben von 195 Mio. € vorgesehen. Die Steigerung der staatlichen Schlüsselzuweisungen wird jedoch nicht ausreichen, den Anstieg bei der Hilfe zum Lebensunterhalt auszugleichen. Dennoch sind neue Schulden nicht vorgesehen, im Gegenteil: Die mittelfristigen Finanzplanung sieht einen beträchtlichen Schuldenabbau vor, von derzeit 46,5 Mio. € auf nur noch 30 Mio. € im Jahre 2012. Bereits jetzt liegt die Pro-Kopf-Verschuldung unseres Landkreises mit 169 € deutlich unter den für Sachsen vorgegebenen Höchstwerten (250 €/Einwohner). **Die seit Jahren erfolgreiche Konsolidierung des Haushaltes wird konsequent fortgesetzt!**

3. LANDKREIS: BEIGEORDNETE GEWÄHLT

Der Kreistag wählte zu Beigeordneten – in der Reihenfolge der in getrennten Wahlgängen abgegebenen Ja-Stimmen – für den Bereich Verwaltung den bisherigen Meißner Beigeordneten **Ulrich Zimmermann** (CDU), für den Bereich Technik den bisherigen Meißner Dezernenten **Andreas Herr** (FDP) und für den Bereich Soziales den bisherigen Riesa-Großenhainer Beigeordneten **Albrecht Hellfritzsch** (parteilos). Zuvor war bei der Festlegung der Geschäftsbereiche entschieden worden, den ursprünglich dem Sozialbereich zugeordneten Finanzbereich dem Landrat direkt zuzuweisen. Bei der anschließenden Wahl des Ersten Beigeordneten konnte sich der dafür von Landrat **Arndt Steinbach** einer früheren Absprache folgend vorgeschlagene Beigeordnete Hellfritzsch nur knapp gegen den Beigeordneten Zimmermann durchsetzen. Die Festlegung der weiteren Stellvertretung des Landrates mit Zimmermann und Herr erfolgte einstimmig.

4. KREISTAG: WIE KAM ES DAZU, UND WIE JETZT WEITER? NPD GEWINNT AUFSICHTSRATSMANDAT IN DER MEISOP

Nachdem bei der konstituierenden Kreistagssitzung die ordnungsgemäße Wahl des Aufsichtsrates der kreiseigenen Meisop gGmbH, Kreispflegeheim und Behinderteneinrichtung in Coswig, nicht zustande kam, erzielte die NPD bei der geheimen Neuwahl einen spektakulären Erfolg: **Der NPD-Kandidat erhielt 10 Stimmen und damit fünf Stimmen mehr, als die NPD Mandate im Kreistag hat**, und errang ein Mandat. Als Folge gingen der von der CDU initiierten Zählgemeinschaft 2 Sitze verloren, wobei der zweite Sitz an die PDS fiel. Obwohl – oder weil ? - die FDP zuvor den Kandidaten der Freien Wähler **Kroemer** zurückgezogen hatte, erzielte die gemeinsame Liste von CDU, FDP, SPD, Freien Wählern und DSU dieses **desaströse Ergebnis**.

Auch bei der **Besetzung des Jugendhilfeausschusses** erzielte die NPD eine Stimme mehr, als sie Mandate im Kreistag hat. Als Folge büßte die CDU-geführte Zählgemeinschaft wie schon bei der ersten, ungültigen Wahl im konstituierenden Kreistag ein sicher geglaubtes Mandat ein.

Damit setzt sich die im Juli-Kreistag begonnene Serie der **U-Boot-Anschläge** zugunsten der NPD in geheimen Abstimmungen fort. Seinerzeit konnte die „Zählgemeinschaft“ mangels Präsenz, wofür vor allem die SPD verantwortlich war, zunächst die für die CDU optimale Mitgliederzahl in den Ausschüssen nicht durchsetzen. Sodann errang der NPD mit U-Boot-Stimmen einen Sitz im wichtigen Verwaltungsausschuß. Da in den fraktions- und gruppenübergreifenden Absprachen vorab Ausschußsitze der CDU an Vertreter der DSU und der Freien Wähler – und darüber hinaus auch Aufsichtsratsmandate bei der Sparkasse und den Elblandkliniken – abgegeben worden waren, verfügt die CDU in keinem Auschuß über eine eigene Mehrheit.

Bei gleicher Stärke und Koalition mit der FDP und trotz Einbeziehung der DSU und der Freien Wähler steht die CDU im Ergebnis in den Ausschüssen des Kreistages entschieden schlechter da als im alten Landkreis Meißen. Sie hat überdies ihr zustehende Positionen bei der Sparkasse und den Elblandkliniken – hier zu Lasten der Radebeuler CDU-Kreisräte – an FDP bzw. Freie Wähler abgegeben. Und die NPD ist – dennoch – in wichtige Gremien, zuletzt mit spektakulären Ergebnissen, eingezogen. Auch weil Warnungen aus der Fraktion, zuletzt am 10. Juli in einer Sondersitzung vor dem Kreistag, in den Wind geschlagen wurden, bedürfen diese Vorgänge jetzt dringend der Aufarbeitung!

5. KREISTAG: NEUE TAXITARIFORDNUNG

Der Kreistag beschloß eine neue Taxiordnung und eine neue Taxitarifordnung mit angepaßten und z. T. erhöhten Gebühren, und zwar mit großer Mehrheit.

Die 85 Taxiunternehmen im neuen Landkreis Meißen arbeiten unter einem starken und erheblich gestiegenen Kostendruck, zumal die Taxigebühren im alten Landkreis Meißen seit zweieinhalb Jahren, im alten Landkreis Riesa-Großenhain gar seit siebeneinhalb Jahren nicht mehr an die allgemeine Kostenentwicklung angepaßt wurden. Wir haben daher grundsätzlich Verständnis für die Forderung der Taxiunternehmen nach auskömmlichen Gebühren und einer dementsprechenden Anpassung.

Taxiunternehmen sind mittelständische Unternehmen und lokal tätig; es geht also um die Erhaltung von Arbeitsplätzen hier bei uns im Landkreis. Die beschlossenen Erhöhungen sind vergleichsweise moderat und damit vertretbar gestaltet. Dabei wurde das höhere Meißner Tarifgefüge bei den gefahrenen Kilometern zugrundegelegt. Bei Fahrten außerhalb des Tarifgebietes entfällt der bisher in Meißen erhobene Zuschlag. Insgesamt ist diese Tarifierhöhung mit dieser **Tarifverordnung** durchaus ausgewogen und angemessen. Wir hoffen, daß sie die Unternehmen und ihren Fortbestand sichern hilft. Und wir gehen davon aus, daß diese Gebührenanpassung mit Augenmaß erfolgt, also im Interesse der Bürger und Kunden längeren Bestand habe.

Die **Taxiordnung** enthält demgegenüber nichts Neues, sie wiederholt bzw. vereinheitlicht die bisherigen zwei Rechtsverordnungen. Hier indes hätte ich im Interesse der Bürger und Kunden mehr erwartet, zumindest eine appellative Aussage dahingehend, daß aus einem Beförderungsmonopol – denn darum handelt es sich hier – auch eine **Beförderungsverpflichtung** erwächst. Dem mögen allgemeine gesetzliche Bestimmungen entgegengestanden haben. Aber wie dem auch sei: Wir erwarten im Gegenzug zu gestiegenen Gebühren auch die Vorhaltung eines umfassendes Beförderungsangebotes in allen Teilen des Landkreises, und zwar rund um die Uhr!

Sollten die 85 antragstellenden Unternehmen die Nachfrage nicht umfassend befriedigen können, muß der Markt für andere Anbieter geöffnet werden. Denn uns geht es in allererster Linie um bedarfsgerechte, bürgerfreundliche, bürgernahe Angebote an Taxidienstleistungen - und dann auch um deren auskömmliche, angemessene Finanzierung.

Mit den besten Grüßen verbleibe ich als
Ihr



Dr. Ulrich Reusch
Fraktionsvorsitzender